

LEHR- und PRAXISKOMMENTAR

Krahmer | Trenk-Hinterberger [Hrsg.]

SGB I

Allgemeiner Teil

5. Auflage



Nomos

LEHR- und PRAXISKOMMENTAR

Prof. Dr. Utz Krahmer

Prof. Dr. Peter Trenk-Hinterberger [Hrsg.]

SGB I

Allgemeiner Teil

5. Auflage

Prof. Dr. Gerhard Bäcker, Universität Duisburg/Essen | **Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit**, Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht a.D., Leipzig | **Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback**, Hamburg | **Dr. Torsten Buser**, Richter am Landessozialgericht Baden-Württemberg, Stuttgart | **Prof. Dr. Utz Krahmer**, Düsseldorf | **Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber**, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin | **Prof. Dr. Matthias Meißner**, Hochschule Düsseldorf | **Prof. Helmut Reinhardt**, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg | **Prof. Dr. Klaus Riekenbrauk**, Rechtsanwalt, Unkel | **Prof. Dr. Helmut Schellhorn**, Kronberg | **Prof. Dr. Clarita Schwengers**, Hochschule Esslingen | **Prof. Dr. Peter Trenk-Hinterberger**, Bamberg/Marburg | **Alexandra Weingart**, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht, Freiburg



Nomos

Zitervorschlag: LPK-SGB I/Bearbeiter § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0982-4

5. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 5. Auflage

Das Sozialgesetzbuch ist *die* große deutsche Kodifikation zum Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts, etwa so wie zum Ende des 19. Jahrhunderts das Bürgerliche Gesetzbuch für den Gesetzgeber das dringende Projekt war. Im Mittelpunkt der Sozialgesetzgebung steht nun nicht mehr der sich wirtschaftlich selbst reproduzierende Bürger – auch dieses Bild galt nur dem Anspruch nach –, sondern insbesondere der abhängig oder nicht beschäftigte (arbeitslose), der kranke, der pflegebedürftige, der behinderte, der wohnungslose, der alte Mensch. Allen diesen Menschen mit entsprechenden Leistungen zu sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit zu verhelfen ist der einfachgesetzliche Auftrag des gesamten Sozialgesetzbuchs, dessen vorgenannt beide Ausprägungen vom Bundesverfassungsgericht aus dem Sozialstaatsauftrag (Art. 20, 28 GG) entwickelt wurden (s. dazu die Einführung sowie die Erl. zu §§ 1 u. 2 SGB I). Der Allgemeine Teil dieses Sozialgesetzbuchs – eben das SGB I – umfasst die grundsätzlichen Regelungen, die in allen seinen besonderen Teilen Geltung beanspruchen und deshalb im SGB I gleichsam vor die Klammer gezogen werden (zum Verwaltungsverfahren und zu Details des Datenschutzes erfüllt diese Funktion das Zehnte Buch). Der Umsetzung des verfassungsrechtlich fest verankerten Sozialstaatsprinzips (s. sog. Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG) in die einfachgesetzliche Ebene dient vornehmlich dieser Allgemeine Teil des SGB (s. dazu auch das Vier-Stufen-Schema in Einf. Rn. 9). Die Erläuterungen der Vorschriften des SGB I müssen von diesem Auftrag durchdrungen sein, wenn das entsprechende Erläuterungswerk für den Bürger nutzbar werden soll. Unmittelbaren Nutzen werden natürlich viel eher die Mitarbeiter bei den Leistungsträgern, in den Behörden, die Richter in den Sozial- und Verwaltungsgerichten, die Auszubildenden sowie die Studierenden an den Hochschulen haben – alle brauchen sie einen Rechtskommentar zum SGB I, der gründlich und – viel wichtiger noch – zugleich überschaubar in die Materie einweist sowie rechtliche Konflikte lösen hilft.

Seit Erscheinen der 4. Auflage vor rund fünf Jahren sind die Vorschriften des SGB I vom Gesetzgeber teilweise geändert und das Sozialrecht insgesamt derweil durch zahlreiche Gerichtsentscheidungen sowie aufgrund der Diskussion in der Literatur fortentwickelt worden. Mit der hier vorgelegten 5. Auflage wird der Kommentar auf den Stand von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur bis März 2025 gebracht.

In der vorliegenden Auflage dieses Kommentars werden die Einflüsse und Auswirkungen des Europäischen Rechts an mehreren Stellen erläutert: So findet sich nach §§ 2–10 ein spezieller Anhang zu den *Europäischen Grundrechten*, nach den Erl. zu § 17 werden das *Europäische Wettbewerbs- sowie das Vergabe- und Beihilfenrecht* in einem weiteren Anhang dargestellt, und nach § 30 folgt schließlich ein Anhang zu den *Grundzügen des Europäischen Sozialrechts*.

Die Rechtsprechung wird in den Erläuterungen nunmehr auch mit Datum und Aktenzeichen zitiert, da Gerichtsentscheidungen mithilfe dieser Angaben heute leicht in den einschlägigen Datenbanken aufgefunden werden können.

Der Kommentar ist Ergebnis einer gemeinsamen Arbeit von Autorinnen und Autoren sowie den beiden Herausgebern, die zu einem Teil in der Lehre an Universitäten sowie an Hochschulen in den Fachbereichen des Sozialwesens bzw. der

Sozialversicherung, zu einem anderen Teil in der Praxis der Sozialgerichte, der Anwaltskanzleien, der Verbände sowie der Ministerialverwaltung tagtäglich mit dem Sozialrecht einschließlich des SGB I beruflich befasst sind. Einvernehmlich ausgeschieden aus dem Autorenkreis ist nun Rainer Kessler, dem wir nochmal an dieser Stelle für sein großes Engagement seit 2002 danken. Neu im Team für die 5. Auflage sind nun Helmut Schellhorn und Clarita Schwengers.

Die Herausgeber danken den Autorinnen und Autoren für ihr Engagement und ihre zuverlässige Mitwirkung bei der Herstellung dieser 5. Auflage. Ein besonderer Dank gilt wieder unserer Lektorin, Frau Ariane Füner.

Für Kritik, Hinweise, Anregungen und Vorschläge zur Weiterentwicklung von Inhalt und Konzeption des Kommentars sind das Autorenteam, die Herausgeber und der Verlag stets dankbar.

Düsseldorf u. Marburg,
im Mai 2025

Utz Kraemer u. Peter Trenk-Hinterberger

Bearbeiterverzeichnis

- Prof. Dr. Gerhard Bäcker*, Universität Duisburg/Essen
(Einführung XV.: Exkurs zu den Perspektiven des Sozialstaats)
- Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit*, Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht
a.D., Leipzig
(§§ 9, 19a, 28)
- Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback*, Hamburg
(Anh. nach §§ 2–10: Europäische Soziale Grundrechte, Anh. nach § 17: Europäisches Wettbewerbs-, Beihilfe- und Vergaberecht, Anh. nach § 30: Koordinieren des Sozialrecht der EU: Entterritorialisierung von Sozialleistungen)
- Dr. Torsten Buser*, Richter am Landessozialgericht Baden-Württemberg, Stuttgart
(§§ 3, 6, 7, 18, 19, 22, 25, 26)
- Prof. Dr. Rainer Kessler* (bis zur 4. Aufl.), Brechen
(§§ 4, 5, 19b, 21, 22–24, 68)
- Prof. Dr. Utz Krabmer*, Düsseldorf
(Einf. I.-XIII., §§ 1, 2, 21a, 33, 35, 36, 37–42, 46, 47, 69–71)
- Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber*, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
(§§ 10, 28a, 29)
- Bojana Marković* (bis zur 4. Aufl.), Juristin, Berlin
(§§ 40–47)
- Prof. Dr. Matthias Meißner*, Hochschule Düsseldorf
(§§ 21a, 30–33c, 35, 36, 37–42, 46, 47, 69–71)
- Prof. Helmut Reinhardt*, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
(§§ 4, 11, 12, 23, 36a, 56–59)
- Prof. Dr. Klaus Riekenbrauk*, Rechtsanwalt, Unkel
(§§ 8, 21b, 27)
- Prof. Dr. Helmut Schellborn*, Kronberg
(§§ 19b, 21)
- Prof. Dr. Clarita Schwengers*, Hochschule Esslingen
(§§ 43–45)
- Prof. Dr. Peter Trenk-Hinterberger*, Bamberg/Marburg
(Einf. I.-XIII., §§ 1, 2, 9, 13–17, 34, Vor §§ 60–67, §§ 60–67)
- Alexandra Weingart*, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht Freiburg
(§§ 5, 24, 24a, 48–54, 68)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	5
Bearbeiterverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	25
Einführung	33

Sozialgesetzbuch (SGB) Erstes Buch (I) – Allgemeiner Teil –

Vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015)(FNA 860–1)
zuletzt geändert durch Art. 4 OZG-Änderungsgesetz vom 19.7.2024
(BGBl. 2024 I Nr. 245)

Erster Abschnitt Aufgaben des Sozialgesetzbuchs und soziale Rechte

§ 1 Aufgaben des Sozialgesetzbuchs	65
§ 2 Soziale Rechte	80
§ 3 Bildungs- und Arbeitsförderung	93
§ 4 Sozialversicherung	99
§ 5 Soziale Entschädigung	112
§ 6 Minderung des Familienaufwands	120
§ 7 Zuschuß für eine angemessene Wohnung	125
§ 8 Kinder- und Jugendhilfe	127
§ 9 Sozialhilfe	136
§ 10 Teilhabe behinderter Menschen	157
Anhang nach §§ 2–10 SGB I: Europäische Soziale Grundrechte	168

Zweiter Abschnitt Einweisungsvorschriften

Erster Titel Allgemeines über Sozialleistungen und Leistungsträger

§ 11 Leistungsarten	190
§ 12 Leistungsträger	194
§ 13 Aufklärung	197
§ 14 Beratung	210
§ 15 Auskunft	234
§ 16 Antragstellung	246
§ 17 Ausführung der Sozialleistungen	261
Anhang nach § 17: Europäisches Wettbewerbs-, Beihilfe- und Vergaberecht	292

Zweiter Titel Einzelne Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger

§ 18	Leistungen der Ausbildungsförderung	310
§ 19	Leistungen der Arbeitsförderung	316
§ 19a	Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	322
§ 19b	Leistungen bei gleitendem Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand	340
§ 20	[aufgehoben]	342
§ 21	Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung	343
§ 21a	Leistungen der sozialen Pflegeversicherung	347
§ 21b	Leistungen bei Schwangerschaftsabbrüchen	359
§ 22	Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung	368
§ 23	Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte	373
§ 24	Leistungen der Sozialen Entschädigung	378
§ 24a	Leistungen der Soldatenentschädigung	385
§ 25	Kindergeld, Kinderzuschlag, Elterngeld und Leistungen für Bildung und Teilhabe	387
§ 26	Wohngeld	397
§ 27	Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe	399
§ 28	Leistungen der Sozialhilfe	406
§ 28a	Leistungen der Eingliederungshilfe	432
§ 29	Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen	441

Dritter Abschnitt Gemeinsame Vorschriften für alle Sozialleistungsbereiche dieses Gesetzbuchs

Erster Titel Allgemeine Grundsätze

§ 30	Geltungsbereich	459
Anhang nach § 30: Koordinierendes Sozialrecht der EU: Entterritorialisierung von Sozialleistungen		470
§ 31	Vorbehalt des Gesetzes	484
§ 32	Verbot nachteiliger Vereinbarungen	490
§ 33	Ausgestaltung von Rechten und Pflichten	494
§ 33a	Altersabhängige Rechte und Pflichten	502
§ 33b	Lebenspartnerschaften	508
§ 33c	Benachteiligungsverbot	512
§ 34	Begrenzung von Rechten und Pflichten	518
§ 35	Sozialgeheimnis	529
§ 36	Handlungsfähigkeit	555
§ 36a	Elektronische Kommunikation	562
§ 37	Vorbehalt abweichender Regelungen	576

Zweiter Titel Grundsätze des Leistungsrechts

§ 38	Rechtsanspruch	583
§ 39	Ermessensleistungen	587
§ 40	Entstehen der Ansprüche	595
§ 41	Fälligkeit	599
§ 42	Vorschüsse	601
§ 43	Vorläufige Leistungen	609
§ 44	Verzinsung	619
§ 45	Verjährung	628
§ 46	Verzicht	638
§ 47	Auszahlung von Geldleistungen	642
§ 48	Auszahlung bei Verletzung der Unterhaltspflicht	650
Anhang zu § 48: Düsseldorfer Tabelle (Stand: 1. Januar 2025)		668
§ 49	Auszahlung bei Unterbringung	672
§ 50	Überleitung bei Unterbringung	677
§ 51	Aufrechnung	682
§ 52	Verrechnung	693
§ 53	Übertragung und Verpfändung	699
§ 54	Pfändung	709
§ 55	[aufgehoben]	719
§ 56	Sonderrechtsnachfolge	720
§ 57	Verzicht und Haftung des Sonderrechtsnachfolgers	727
§ 58	Vererbung	731
§ 59	Ausschluß der Rechtsnachfolge	733

Dritter Titel Mitwirkung des Leistungsberechtigten

Vorbemerkungen zu den §§ 60–67		736
§ 60	Angabe von Tatsachen	746
§ 61	Persönliches Erscheinen	762
§ 62	Untersuchungen	767
§ 63	Heilbehandlung	775
§ 64	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	782
§ 65	Grenzen der Mitwirkung	792
§ 65a	Aufwendungsersatz	805
§ 66	Folgen fehlender Mitwirkung	817
§ 67	Nachholung der Mitwirkung	838

Vierter Abschnitt Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 68	Besondere Teile dieses Gesetzbuches	845
§ 69	Stadtstaaten-Klausel	848
§ 70	Überleitungsvorschrift zum Verjährungsrecht	848

Inhaltsverzeichnis

§ 71	Überleitungsvorschrift zur Übertragung, Verpfändung und Pfändung	851
§ 72	[aufgehoben]	852
	Stichwortverzeichnis	853

Einführung

I. Aufgaben des Sozialgesetzbuchs	1	a) Verbreitete Armutslagen, soziale Verwerfungen, Wohnungsnot	24
II. Entstehungsgeschichte	2	b) Neue Ungleichheiten durch Sozialpolitik	30
III. Gegenstand und Grenzen des Abweichvorbehalts in § 37 SGB I	3	c) Intransparenz der Leistungssysteme	33
IV. Gegenstandsbereiche des Sozialgesetzbuchs	4	d) Sozialversicherungsschutz mit zunehmenden Lücken	36
V. Nicht erfasste Gegenstandsbereiche	5	e) Alterssicherung: Gefährdete Absicherung des Lebensstandards	39
VI. Fiktion des § 68 SGB I	6	f) Über-, Unter- und Fehlversorgung im Gesundheitssystem	41
VII. Kritik an der Aufteilung allgemeiner Regelungen in zwei getrennte Bücher: SGB I und SGB X	7	g) Unzureichende Absicherung bei Pflegebedürftigkeit	44
VIII. Aufbau des SGB I	8	h) Sozialpolitische Flankierung der Transformation	46
1. Erster Abschnitt (§§ 1–10 SGB I) / „Vier-Stufen-Schema“	9	3. Neoliberale Sozialstaatskritik	50
2. Zweiter Abschnitt (§§ 11–29 SGB I)	10	a) Der Sozialstaat: Problemverursacher statt Problemlöser?	50
3. Dritter Abschnitt (§§ 30–67 SGB I)	11	b) Es lohnt sich nicht zu arbeiten: Das Bürgergeld als Quell allen Übels?	56
IX. Kritik am Aufbau des SGB I ...	12	c) Missbrauch und Überinanspruchnahme?	62
X. Eingearbeitete besondere Teile („bezahlte“ Bücher)	13	d) Einschränkung der Eigenverantwortung?	67
XI. Noch nicht eingearbeitete besondere Teile	14	e) Der Sozialstaat als Kostentreiber und Wachstumsbremse?	70
XII. Europäisches, internationales sowie zwischen- und überstaatliches Sozialrecht	15	f) Grenzen der Finanzierbarkeit?	76
XIII. Rechtsschutz	16	XVI. Schrifttum zu XV.	84
XIV. Schrifttum zu I–XIII.	17		
XV. Das Jahr 2030 im Blick: Exkurs zur Sozialpolitik zwischen Reformbedarfen und anhaltender Sozialstaatskritik	18		
1. Die Zukunft des Sozialstaates unter schwierigen Rahmenbedingungen	19		
2. Problemlagen und Handlungsbedarfe	24		

I. Aufgaben des Sozialgesetzbuchs

Sozialrecht ist „veränderungsträchtiges“ Recht – so hat es schon vor 25 Jahren Zacher treffend festgestellt.¹ In zeitlicher Dimension betrachtet muss sich das Sozialrecht stetig den sich wandelnden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und (sozial)politischen, dh insbesondere auch den demographischen und technologischen Verhältnissen anpassen – oder sie neugestalten helfen.² In systematischer

1 RsDE 47 (2001), 1, 20.

2 Zu den ebenfalls permanent in Veränderung begriffenen europarechtlichen Vorgaben → Rn. 15 sowie die Erl. in den gesonderten Anhängen nach §§ 10, 17 und 30.

Hinsicht muss man jedenfalls konstatieren, dass das Sozialrecht in hohem Maße ausdifferenziert, kompliziert und unübersichtlich ist. Hinzu kommt, dass Sozialrecht strukturell in Teilen kausal orientiert ist (zB die gesetzliche Unfallversicherung oder die Soziale Entschädigung), in anderen Teilen aber final (so zB die Sozialhilfe). Außerdem decken einzelne Sicherungssysteme nur Teile von sozialen Risiken ab (zB die Soziale Pflegeversicherung), während andere Systeme umfassende Sicherungs- und Auffangfunktionen wahrnehmen, dies aber nur für Menschen ohne ausreichende Eigenvorsorge und ohne ausreichende Hilfe durch Dritte (zB die Sozialhilfe). Diese verschiedenen Einflussfaktoren sowie die finalen, kausalen und nicht zuletzt institutionellen Aspekte³ tragen in ihrem Zusammenwirken zur bereits genannten Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit des Sozialrechts bei. Ob dieser Zustand durch Kodifikationen von Teilbereichen verbessert werden kann, bleibt fraglich.⁴

Die wesentlichen Gegenstandsbereiche des Sozialrechts zu koordinieren, zu systematisieren, zu harmonisieren und für die soziale Praxis möglichst zu „entkomplizieren“, gehört für den Gesetzgeber zu den zentralen Aufgaben des Sozialgesetzbuchs.⁵ Zudem sollte – nach der Vorstellung des Gesetzgebers zum SGB I – das Sozialrecht vom Bürger „durchschaut werden“ können.⁶ In diesem Sinne sollte das Recht so verständlich kodifiziert werden, dass es nicht nur von wenigen Fachkennern verstanden wird; es sollte auch inhaltlich und sprachlich vereinfacht formuliert werden, um auch in der „Laiensphäre“ besser nutzbar und verständlich zu sein. Allerdings darf diese Wunschvorstellung des Gesetzgebers nicht darüber hinwegtäuschen, dass der „Normalbürger“ in aller Regel weder ein Gesetzbuch in die Hand nimmt noch allein durch die Lektüre des SGB I (und der anderen Bücher des Sozialgesetzbuchs) das Sozialrecht „durchschauen“ kann. Dazu ist die Materie des Sozialrechts zu vielfältig und kompliziert; und die Rechtssprache ist und bleibt eine Fachsprache, die eigene Konzepte, Denkweisen und Begriffe benötigt, um ein funktionales und wissenschaftliches Arbeiten zu ermöglichen.

Hilfreich für ein zeitgemäßes Verständnis der Rolle des Sozialgesetzbuches und besonders seines Allgemeinen Teils (SGB I) in der folgenden Darstellung ist sicherlich der Blick auf das in → Rn. 9 dieser Einf. eingefügte „Vier-Stufen-Schema“ zur Konkretisierung des Sozialstaatsauftrages ausgehend von der Verfassung bis hinunter zur einzelnen Leistungsnorm (s. auch → § 1 Rn. 10 ff. und → § 2 Rn. 5 ff.).

II. Entstehungsgeschichte

- 2 Die Entstehungsgeschichte des Allgemeinen Teils des Sozialgesetzbuchs (SGB I) ist – knapp skizziert – folgende: Die Kodifikation des Allgemeinen Teils hatte

3 Insbesondere die Vielfalt von öffentlichen Leistungsträgern auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen sowie die Mannigfaltigkeit der Leistungserbringer (zB Wohlfahrtsverbände, Krankenhausträger, Träger von Alten- und Pflegeheimen, Ärzte, Erbringer von Heil- und Hilfsmitteln).

4 Beispielsweise wenn man das Recht der Rehabilitation betrachtet, das durch eine Kodifikation – nämlich das Neunte Buch des SGB (SGB IX) – ua übersichtlicher werden sollte, dies aber nach wie vor nicht wirklich in dem erforderlichen Umfang geworden ist – vgl. die Erl. zu §§ 10, 28a, 29 SGB I.

5 Vgl. BT-Drs. 7/868, 15 und ferner → Rn. 4.

6 So BT-Drs. 7/868, 15.

1970 mit der Berufung einer Sachverständigen-Kommission durch die Regierung Brandt begonnen.⁷ Die Thesen dieser Kommission führten erst zu einem Referenten-, dann zu einem Regierungsentwurf von 1972,⁸ der dem Bundestag in seiner 6. Legislaturperiode vorgelegt wurde,⁹ ebenso dem Bundesrat,¹⁰ der insbesondere wegen der Einbeziehung des Wohngeldes und der Jugendhilfe in das Sozialgesetzbuch Bedenken erhob. In der 7. Legislaturperiode wurde der modifizierte Entwurf erneut in den Bundestag eingebracht.¹¹ Der federführende Bundestagsausschuss beschloss geringfügige Änderungen und berichtete.¹² Die Annahme des Entwurfs durch das Plenum des Bundestags erfolgte im Juni 1975, der Bundesrat rief aber wegen der Einbeziehung des Wohngeldes und der Jugendhilfe (sowie wegen der seiner Ansicht nach zu hohen Verzinsung von fälligen Sozialleistungen) den Vermittlungsausschuss an.¹³ Dieser machte den Kompromissvorschlag,¹⁴ die Jugendhilfe und das Wohngeld in das Sozialgesetzbuch mit einzubeziehen (und die Zinspflicht zu senken). Entsprechend stimmten im Oktober 1975 der Bundestag¹⁵ und der Bundesrat¹⁶ endgültig zu, sodass das Sozialgesetzbuch in seinem Allgemeinen Teil nach der Verkündigung im Dezember 1975 zum 1.1.1976 in Kraft treten konnte. Seit diesem Zeitpunkt ist das SGB I durch (aktuell) 102 Gesetze in allen seinen Abschnitten geändert worden (s. die Erl. zu den einzelnen Vorschriften des SGB I und den dort dargestellten Änderungen).

III. Gegenstand und Grenzen des Abweichvorbehalts in § 37 SGB I

Damit den historisch und funktional bedingten Eigenheiten der verschiedenen Sozialleistungsbereiche Rechnung getragen werden kann, hat der Gesetzgeber des Sozialgesetzbuchs eine Vielzahl von Regelungen im Allgemeinen Teil unter den Vorbehalt der Abweichung in den jeweiligen besonderen Teilen (§ 37 Satz 1) gestellt. Es liegt aber auf der Hand, dass mit dieser Öffnungsklausel einer (weiteren) Ausdifferenzierung der Regelungen in den jeweiligen Sozialleistungsbereichen Tür und Tor geöffnet wurde. Ausgenommen von der Öffnungsklausel sind allerdings nach § 37 Satz 2 die Regeln der §§ 11 bis 17 sowie 31 bis 36, sodass zB die Beratungspflicht des § 14 sowie die Geheimhaltungspflicht des § 35 iVm §§ 67 ff. SGB X im Einzelgesetz nicht eingeschränkt werden können (→ § 37 Rn. 14 und → § 35 Rn. 5).

IV. Gegenstandsbereiche des Sozialgesetzbuchs

Weder im Sozialgesetzbuch noch in einem anderen Gesetzeswerk wird der Begriff des Sozialrechts näher umschrieben. Für die praktische juristische Arbeit ist ein formeller Ansatz hilfreich, sinnvoll und inzwischen auch üblich: Danach sind unter Sozialrecht diejenigen Rechtsbereiche zu verstehen, die in das SGB

7 Zur Vorgeschichte vgl. Zacher RsDE 47 (2001), 1ff.

8 BR-Drs. 305/75.

9 BT-Drs. VI/3764.

10 BR-Drs. 286/73.

11 BT-Drs. 7/868.

12 BT-Drs. 7/3738 u. 3786.

13 BR-Drs. 395/75.

14 BT-Drs. 7/4067.

15 BT-Drs. 7/4067.

16 BR-Drs. 600/75.

aufgenommen worden sind (formeller Sozialrechtsbegriff). In diesem Sinne ist Sozialrecht mithin das Recht, das in den einzelnen Büchern des SGB und in denjenigen Gesetzen geregelt ist, die nach § 68 SGB I als besondere Teile des SGB gelten.¹⁷ Demgegenüber ist der Begriff des materiellen Sozialrechts wesentlich schwieriger zu beschreiben; eine solche Beschreibung ist bislang auch nicht zufriedenstellend und damit konsensfähig gelungen. In einem vorläufigen Versuch, die Rechtsmaterie „Sozialrecht“ nicht formal, sondern anhand des Inhalts zu umschreiben, könnte man formulieren, dass Sozialrecht im materiellen Sinne das Rechtsgebiet ist, das auf Hilfen zur Überwindung von Problemlagen zielt, zu denen existenzielle Not sowie sonstige Belastungssituationen gehören und für die jeweils eine mit öffentlichen Mitteln organisierte Unterstützung politisch geboten erscheint und deshalb rechtlich angeordnet wird.¹⁸

Das Sozialrecht als Rechtsgebiet zählt zum öffentlichen Recht (als Teilgebiet des Besonderen Verwaltungsrechts). Diese Zuordnung ist nicht nur aus systematischen Gründen bedeutsam, sondern auch wegen des Rechtswegs (→ Rn. 16) und wegen der Anwendbarkeit allgemeiner verwaltungsrechtlicher Rechtsgrundsätze (zB Selbstbindung der Verwaltung, Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie Ausgleich von Nachteilen, die der Bürger im öffentlichen Interesse auf sich genommen hat). Auch die Rechtsbeziehungen zwischen den öffentlich-rechtlichen Leistungsträgern (vgl. § 12 Satz 1 SGB I) und Dritten, die für diese Leistungsträger soziale Dienstleistungen ausführen (sog. Leistungserbringer¹⁹), werden heute überwiegend dem öffentlichen Recht zugeordnet (vgl. zB §§ 69, 125 SGB V). Auf etliche Berührungspunkte des Sozialrechts mit dem Privatrecht kann hier nur hingewiesen werden, so zB zum Arbeitsrecht und zur Anknüpfung an das Arbeitsverhältnis für die Versicherungspflicht in der Sozialversicherung (§ 7 Abs. 1 SGB IV) oder zum Übergang bürgerlich-rechtlicher Ansprüche auf Leistungsträger zum Zwecke des Rückgriffs gegen Unterhalts- oder Schadensersatzpflichtige (zB § 94 SGB XII bzw. § 116 SGB X).

Das Sozialrecht ist ein Rechtsgebiet mit einer beträchtlich hohen Regelungsdichte: Neben dem Grundgesetz ist die zentrale Rechtsquelle das förmliche Gesetz in Gestalt des SGB (mit allen seinen Büchern) und derjenigen Gesetze, die nach § 68 SGB I als besondere Teile des SGB gelten. Besonders kennzeichnend für das Sozialrecht sind aber die Fülle und Vielfalt der Rechtsquellen mit einem Rang unterhalb des Gesetzes, zB Rechtsverordnungen (zB die Bürgergeld-Verordnung, ua zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen im Rahmen des SGB II – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende), autonomes Satzungsrecht (zB § 37 Abs. 2 Satz 4 SGB V: Satzung einer Krankenkasse zu Dauer und Umfang der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Versorgung bei häuslicher Krankenpflege). Richtlinien (zB des Gemeinsamen Bundesausschusses nach § 92 SGB V, zB Richtlinie über die Verordnung von Heilmitteln in der vertrags-

17 Vgl. schon Igl/Welti SozR, 8. Aufl. 2007, § 1 Rn. 3; vgl. auch → Rn. 13, 14.

18 Zu Systematisierung, Verortung und Institutionalisierung des Sozialrechts umfassend SRH/Becker, 7. Aufl. 2022, § 1; zum formellen und materiellen Sozialrechtsbegriff Eichenhofer SGB 2022, 647 (648); ferner Mrozynski § 1 Rn. 32; Lilje/Gutzler/Gutzler § 1 Rn. 9 ff.; v. Koppenfels-Spieß/Wenner SGB I/Dankelmann § 1 Rn. 3 ff.; zur Spannweite möglicher Sozialrechtsbegriffe in Deutschland eingehend: Schmid, Sozialrecht und Recht der sozialen Sicherheit – Die Begriffsbildung in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, 1981, S. 67 ff.

19 Zu diesen s. oben Fn. 3.

ärztlichen Versorgung), kollektive Normenverträge²⁰ und Vereinbarungen über Leistungserbringung.²¹ Hinzu kommen Regelungen des europäischen, des internationalen sowie des zwischen- und überstaatlichen Sozialrechts (→ Rn. 15).

Das Sozialgesetzbuch befasst sich mit denjenigen Gegenstandsbereichen des Sozialrechts, die nicht nur aus bestimmtem Anlass vorübergehend von Bedeutung sind, sondern vor allem mit denjenigen Materien, die dauerhaft zur Herstellung oder Wahrung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit beitragen sollen, das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG) zu verwirklichen. Dieser Auftrag ist dem Sozialgesetzbuch ausdrücklich vorgegeben (→ § 1 Rn. 2 u. 5). Im Allgemeinen Teil des Sozialgesetzbuchs (SGB I) werden diese Gegenstandsbereiche als Leistungen überblickartig beschrieben (§§ 18 ff. und § 68) und auf bestimmte „soziale Rechte“ (§§ 2 ff.) gegründet. Diese sollen als Konkretisierungen der Sozialstaats-Zielsetzungen in Gestalt von sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit wiederum auf die Ausgestaltung und Realisierung der einzelnen Sozialleistungsbereiche wirken (§ 2; s. auch das Vier-Stufen-Schema in → Rn. 9).

V. Nicht erfasste Gegenstandsbereiche

Das Sozialgesetzbuch umfasst nicht das gesamte Sozialrecht (im materiellen Sinn; → Rn. 4), sondern im Wesentlichen dessen öffentlich-rechtlichen Bereich (aber auch diesen nicht in vollem Umfang). So sind insbesondere von einer Regelung im SGB ausgeschlossen:²²

- privatrechtliche Lösungen sozialer Konfliktmaterien wie die betriebliche Altersversorgung (vgl. § 15 Abs. 4 SGB I) und das private Versicherungsrecht,
- private internalisierende Lösungen, also solche, mit denen unmittelbar zwischen Privaten auftretende Probleme im Rahmen staatlich gesetzten Rechts primär „intern“ reguliert werden (zB Arbeitsrecht, Wohnraummietrecht, Verbraucherschutzrecht, Heimrecht),
- öffentlich-rechtliche internalisierende Lösungen (zB das gesamte öffentliche Amts- und Dienstrecht von Beamten, Richtern und Soldaten, auch soweit es der sozialen Sicherung dient),
- das Prozessrecht für sozialrechtliche Streitigkeiten (zB die im Sozialgerichts-gesetz und in der Verwaltungsgerichtsordnung kodifizierten Verfahren),
- die landesgesetzlich geregelten sozialrechtlichen Bereiche (zB das Landesblindengeldrecht),

20 ZB im Rahmen der Beziehungen der Krankenkassen bzw. der Pflegekassen zu den Leistungserbringern, §§ 69, 132a Abs. 4 SGB V (Verträge zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern über die Versorgung mit häuslicher Krankenpflege), § 72 SGB XI (Versorgungsverträge zwischen Pflegekassen und ambulanten sowie stationären Pflegeeinrichtungen).

21 ZB im Sozialhilferecht 76 SGB XII (zB Vereinbarungen zwischen Sozialhilfeträgern und Trägern von Sozialstationen oder Beratungsdiensten über die zu erbringenden Leistungen und die zu erstattenden Vergütungen). Zu Verträgen, Vereinbarungen und Plänen als rechtliches Gestaltungsinstrumente im Sozialrecht vgl. Rixen SozRaktuell – Sonderheft 2024, 181.

22 Vgl. auch Zacher RsDE 47 (2001), 1, II.

- der Bereich der Bildung²³ und der Krankenhausfinanzierung²⁴ sowie
- schließlich diejenigen Sozialleistungskomplexe, die nur temporär bestehen und sich im Laufe der Zeit erledigen (wie früher der Lastenausgleich²⁵).

VI. Fiktion des § 68 SGB I

- 6 Kontrovers gesehen und diskutiert wird die Hereinnahme verschiedener sozialrechtsrelevanter Gesetze in den Geltungsbereich des Sozialgesetzbuchs über die Fiktion seines § 68 SGB I, so zB hinsichtlich des Adoptionsvermittlungsgesetzes oder des Unterhaltsvorschussgesetzes (§ 68 Nr. 12 u. 14). Zu den durch die Fiktion erfassten Materien im Einzelnen → Rn. 14.

VII. Kritik an der Aufteilung allgemeiner Regelungen in zwei getrennte Bücher: SGB I und SGB X

- 7 Die eingangs (→ Rn.1) benannte Zielsetzung und Aufgabenbestimmung des Sozialgesetzbuchs und damit die ganz praktische Funktion seines Allgemeinen Teils ist aber- wie eine kritische Sicht zeigt – im Gesetzgebungsalltag teilweise nicht umgesetzt worden. Dies zeigt ua der Umstand, dass der größte und wichtigste Teil der Vorschriften über das Verwaltungsverfahren sowie über die Durchbrechungen des Sozialdatenschutzes im Zehnten Buch zu finden ist (§§ 31 ff. SGB X und §§ 67 ff. SGB X), während andere Grundsatznormen im Allgemeinen Teil zu finden sind: so die Mitwirkungspflichten der Betroffenen in den §§ 60 ff. sowie die grundlegende Verpflichtung der Träger zur Wahrung des Sozialgeheimnisses des Betroffenen in § 35. Ein anderes Beispiel für die genannten Zweifel ist die Regelung zum Beratungsanspruch des Betroffenen (§ 14), die in der Alltagspraxis nicht von der Pflicht des Leistungsträgers zur Ermittlung des jeweiligen Sachverhalts von Amts wegen (§§ 20, 21 SGB X) zu lösen ist; leider sind die genannten Komplexe weit voneinander getrennt platziert. Die ursprüngliche Konzeption, den Verfahrensteil als „zweiten Allgemeinen Teil“ das Gesamt-Sozialgesetzbuch abschließen zu lassen, ist in Folge der Aufteilung der einzelnen Sozialversicherungszweige auf verschiedene Bücher aufgegeben worden. Angesichts des Wandels, dem auch das SGB I ausgesetzt war und ist (sowie der Entwicklungen, die man bei der Schaffung des SGB I nicht vorhersehen konnte), wird zu Recht vorgeschlagen, dass der Allgemeine Teil des Sozialgesetzbuches zwar nicht einer umfassenden Revision, wohl aber stellenweise einer Überarbeitung

23 ZB das Schulrecht (ua im Zusammenhang mit der Inklusion behinderter Kinder) und das Hochschulrecht (ua das Hochschulzugangrecht und das Recht der Nachteilsausgleiche für behinderte Studierende).

24 Die (duale) Krankenhausfinanzierung teilen sich die Bundesländer und die gesetzlichen Krankenkassen: Die Investitionskosten werden im Wege der öffentlichen Förderung durch die Bundesländer getragen, die Krankenkassen finanzieren die laufenden Betriebskosten im Rahmen der Krankenhausvergütung; dazu näher Igl/Welti GesundheitsR/Igl, 3. Aufl. 2018, S. 97 ff.

25 Der Lastenausgleich nach dem Lastenausgleichsgesetz (von 1952) ist Geschichte: Seit 1996 können keine neuen Anträge auf Lastenausgleich mehr gestellt werden; es gibt also die Sozialleistung „Lastenausgleich“ (zur Abgeltung von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ergeben haben) nicht mehr.

unterzogen wird (zB in den Bereichen von Vorschuss und Vorleistung sowie von Leistungserbringung).²⁶ Zur Kritik am Aufbau des SGB I selbst → Rn. 12.

VIII. Aufbau des SGB I

Losgelöst von den zum Teil verwirrenden Überschriften der einzelnen Abschnitte des SGB I (s. zur Kritik am Aufbau → Rn. 12) ist der Allgemeine Teil wie folgt aufgebaut:

1. Erster Abschnitt (§§ 1–10 SGB I) / „Vier-Stufen-Schema“: Im Ersten Abschnitt (§§ 1–10) werden zunächst (§ 1) die Aufgaben des Sozialgesetzbuches bestimmt, nämlich soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit als die beiden wesentlichen Zielsetzungen des Sozialstaatsgebots (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG) verwirklichen zu helfen. Was genau Inhalt und Maßstab von **sozialer Gerechtigkeit** ist, ist seit jeher umstritten und vielschichtig (dazu eingehend → § 1 Rn. 7). So wird etwa soziale Gerechtigkeit bezogen auf solche gesellschaftlichen Zustände, die hinsichtlich ihrer Verteilung von Rechten, Möglichkeiten und Ressourcen als fair bezeichnet werden können. Hervorgehoben wird zudem neben der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit auch die Besitzstandsgerechtigkeit. Für andere besteht die wesentliche Substanz der sozialen Gerechtigkeit jedenfalls aus Solidarität, Selbstbestimmung, Teilhabe und Gleichberechtigung. Soziale Gerechtigkeit meint dabei nicht, überall strikte Gleichförmigkeit zu schaffen und auch bei zukünftigen gesellschaftlichen Veränderungen zu wahren, sondern beinhaltet die Aufgabe des Sozialstaates, unzumutbare Ungleichstellungen der Bürger dort ausgleichen zu helfen, wo sie dies aus eigener Kraft (im Hinblick auf ein menschenwürdiges Dasein) nicht erreichen und die Freiheit dazu nicht zu nutzen vermögen (Art. 1 und 2 GG) sowie ferner geminderte Entfaltungschancen, zB aufgrund sozialer Herkunft oder Behinderung, unter dem Aspekt des Art. 3 GG solidarisch auszugleichen.

Soziale Sicherheit, die als Ausprägung des Sozialstaatsprinzips mit der sozialen Gerechtigkeit in engem Zusammenhang steht, soll in erster Linie dem Einzelnen Schutz vor den elementaren Risiken des Lebens, auch im Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit, gewähren (im Einzelnen → § 1 Rn. 8).

Die **Funktion der „Sozialen Rechte“** (§§ 3–10) wird in § 2 beschrieben, nämlich als Konkretisierungen der beiden vorgenannten Zielsetzungen des Sozialstaatsgebots. Unmittelbare Rechtsansprüche auf bestimmte Leistungen lassen sich aus den Sozialen Rechten nicht herleiten, sie müssen aber bei der Auslegung unbestimmter Gesetzesbegriffe und bei der Handhabung von Ermessensspielräumen (s. die Erl. zu § 39 SGB I) in den einzelnen besonderen Teilen des Sozialgesetzbuchs von den Leistungsträgern beachtet werden (s. die Erl. zu § 2 SGB I). In den §§ 3–10 werden die Sozialen Rechte im Einzelnen programmatisch beschrieben. Auf subjektiv-öffentlichrechtliche Ansprüche der betroffenen Bürger hin konkretisiert werden sie erst in den einzelnen Leistungsgesetzen, also den besonderen Teilen des Sozialgesetzbuchs (vgl. dazu das nachfolgende Schema):

²⁶ Vgl. nur Zacher RsDE 47 (2001), 1, 27; eingehend Mrozyński SGB 2016, 1 und 69; Mrozyński SGB I § 17 Rn. 5 f.; Lilge/Gutzler/Gutzler § 17 Rn. 21 ff.

**Vier Stufen der Konkretisierung des Sozialstaats-Auftrags (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG)
durch das Sozialgesetzbuch (SGB) und seine Einzelbücher**

1. Stufe: § 1 Abs. 1 Satz 1 SGB I	Gestaltung von Sozialleistungen zur Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit als Ausprägungen des Sozialstaats-Auftrags durch das Sozialgesetzbuch
2. Stufe: § 1 Abs. 1 Satz 2 SGB I	Fünf konkretere Ausformungen dieser Ausprägungen, davon an erster Stelle: Sicherung eines menschenwürdigen Daseins und Schaffung gleicher Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit
3. Stufe: §§ 2–10 SGB I	Formulierung „Sozialer Rechte“ (zB § 9 SGB I: Sozialhilfe, auch Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft, oder § 10 SGB I: Eingliederung behinderter Menschen)
4. Stufe: SGB II u. III sowie SGB V–XII, außerdem SGB XIV	Besondere Teile des SGB: einzelne Sozialleistungsgesetze, zB § 1 SGB XII iVm §§ 19 ff., 27 ff. SGB XII

- 10 **2. Zweiter Abschnitt (§§ 11–29 SGB I).** Im Zweiten Abschnitt (§§ 11–29) findet man laut Überschrift „Einweisungsvorschriften“, was aber de facto nur für die §§ 18 ff. gilt, in denen entsprechend den Sozialen Rechten der §§ 3–10 die jeweiligen Leistungen – wenn auch nur überblicksartig – präziser und unter Hinweis auf die zuständigen Träger benannt werden. Die §§ 11–17 dagegen weisen nicht in Leistungen ein, vielmehr liefern sie Legaldefinitionen der Leistungsarten (§ 11) sowie der Träger (§ 12) bzw. beschreiben Pflichten der Träger zur Aufklärung, Beratung und Auskunft (§§ 13–15); das schließt den subjektiv-öffentlichrechtlichen Anspruch des Bürgers auf Beratung im Sinne von § 14 ein. Die §§ 11–17 verpflichten außerdem die Träger auf eine bürgerfreundliche Gewährungspraxis (§ 16 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 u. 3, § 17 Abs. 1 und 2 sowie Abs. 3 Satz 1). Außerdem bestimmen sie die Stellen, bei denen Anträge eingereicht werden müssen (§ 16 Abs. 1),²⁷ und statuieren die Verpflichtung der Leistungsträger, die Selbstständigkeit der gemeinnützigen und freien Einrichtungen und Organisationen in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben zu achten (§ 17 Abs. 3 Satz 2).
- 11 **3. Dritter Abschnitt (§§ 30–67 SGB I).** Im Dritten Abschnitt (§§ 30–67) finden sich weitere, allgemein im Sozialleistungsbereich geltende Regeln, wie zB der Einzelfallgrundsatz (§ 33), die Pflicht zur Wahrung des Sozialgeheimnisses (§ 35 – dies iVm §§ 67 ff. SGB X), die Berechtigung Jugendlicher ab 15 Jahren zur Geltendmachung von Sozialleistungsansprüchen (§ 36), der bereits erwähnte (→ Rn. 3) Abweichvorbehalt des § 37, der Rechtsanspruch und die Ermessensleistungen (§§ 38, 39), die Möglichkeit zum Erhalt eines Vorschusses auf eine Sozial-

²⁷ Abweichend insofern zB § 18 Abs. 1 SGB XII, wonach die Sozialhilfe einsetzt, sobald dem Träger der Sozialhilfe bekannt wird, dass die Voraussetzungen für die Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII vorliegen. Damit soll ein möglichst niedrigschwelliger Zugang zur Hilfe ermöglicht werden. In der Praxis ist allerdings der schriftliche Antrag die Regel.

leistung (§ 42), der mögliche Verzicht des Berechtigten auf eine Sozialleistung (§ 46), die Beschränkung der Aufrechnung (§ 51) oder der Verrechnung (§ 52) durch einen Leistungsträger in Rückabwicklungsfällen bei fehlgelaufenen Leistungen, die Sonderrechtsnachfolge im Falle des Todes des Leistungsberechtigten (§ 56), schließlich ua auch die Mitwirkungsobliegenheiten des Leistungsberechtigten (§§ 60–64), ihre Grenzen (§ 65) und die Folgen unterlassener Mitwirkung (§ 66).

Im Übrigen sind einige derjenigen allgemeinen Definitionen und Rechtsfragen, die nur für die Sozialversicherung (zu Teilen auch für die Arbeitsförderung im Sinne des SGB III) Bedeutung haben, im Vierten Buch (SGB IV) geregelt, so ua zum versicherten Personenkreis, zur Feststellung des Erwerbsstatus, zum Arbeitsentgelt, zur Beitragszahlung, zu den Trägern der Sozialversicherung etc.

IX. Kritik am Aufbau des SGB I

Der Aufbau des Allgemeinen Teils im Ersten Buch ist teilweise missglückt, insbesondere mit Blick auf die Abtrennung des Verfahrensteils und dessen Platzierung im gesonderten Zehnten Buch (insoweit schon → Rn. 7), wo bedeutende Regelungen für die Konkretisierung des Sozialrechtsverhältnisses und dessen verfahrensrechtliche Abwicklung ebenso zu finden sind wie Vorschriften über den Sozialdatenschutz sowie die Beziehungen der Leistungsträger untereinander und zu Dritten. Teilweise sind die Überschriften über den einzelnen Abschnitten des Allgemeinen Teils irreführend: Zur Kategorie „Einweisungsvorschriften“ gehört im Zweiten Abschnitt eindeutig nicht dessen Erster Titel mit den Pflichten der Leistungsträger zur Beratung, Aufklärung oder Auskunft (§§ 13–15). Ob die Einweisungsvorschriften der §§ 18–30 im Allgemeinen Teil korrekt verortet sind, mag man ebenfalls bezweifeln, bringen sie doch nur überblicksartig Informationen über Leistungen und Träger, verschaffen dem Bürger aber keine Rechtsposition – anders als die zugehörigen jeweiligen Sozialen Rechte der §§ 3–10, die immerhin Auslegungsmaßstab für unbestimmte Gesetzesbegriffe sind und die Ermessenshandhabung der Leistungsträger steuern sollen (s. dazu die Erl. zu § 2). Die bloßen Informationen der §§ 18–30 wären besser bei den jeweiligen Sozialen Rechten eingeordnet worden. Auch die Überschrift des Dritten Abschnitts („Gemeinsame Vorschriften für alle Sozialleistungsbereiche dieses Gesetzbuchs“) lenkt den Leser fehl, weil auch im Ersten und Zweiten Abschnitt allgemein geltende Vorschriften für das gesamte Sozialgesetzbuch zu finden sind.

X. Eingeordnete besondere Teile („bezahlte“ Bücher)

Auf dem aktuellen Stand (2025) bestehen im Sozialgesetzbuch neben dem Allgemeinen Teil im Ersten Buch (SGB I) folgende besondere Teile, in denen die nachstehend genannten Sozialrechtsbereiche schon eingeordnet und jeweils mit einem bezifferten Buch bezeichnet sind:

Zweites Buch (SGB II)	Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende
Drittes Buch (SGB III)	Arbeitsförderung (einschließlich Arbeitslosenversicherung)

Viertes Buch (SGB IV)	Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
Fünftes Buch (SGB V)	Gesetzliche Krankenversicherung
Sechstes Buch (SGB VI)	Gesetzliche Rentenversicherung
Siebtens Buch (SGB VII)	Gesetzliche Unfallversicherung
Achtes Buch (SGB VIII)	Kinder- und Jugendhilfe
Neuntes Buch (SGB IX)	Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
Zehntes Buch (SGB X)	Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz
Elfte Buch (SGB XI)	Soziale Pflegeversicherung
Zwölftes Buch (SGB XII)	Sozialhilfe
Vierzehntes Buch (SGB XIV)	Soziale Entschädigung

Das Soziale Entschädigungsrecht (geregelt seit 1.1.2024 im SGB XIV) hätte eigentlich (der Chronologie folgend) als SGB XIII bezeichnet werden müssen; offenbar wollte man mit der Benennung als „SGB XIV“ die weithin (irrational) als „Unglückszahl“ geltende 13 vermeiden (s. auch die Erl. zu §§ 5, 24 SGB I). Welcher Rechtsbereich in einem (möglichen) SGB XIII geregelt werden soll, bleibt offen.

XI. Noch nicht eingeordnete besondere Teile

- 14 Soweit einzelne besondere Teile noch nicht in bezifferte „Bücher“ eingeordnet sind, stellt § 68 fest, dass sie schon als besondere Teile des Sozialgesetzbuchs gelten und damit den Regelungen des SGB I und X unterfallen, so zB die Gesetze über die Alterssicherung und über die Krankenversicherung der Landwirte, das Bundesausbildungsförderungsgesetz, das Bundeskindergeldgesetz, das Unterhaltsvorschussgesetz sowie das Wohngeldgesetz.

XII. Europäisches, internationales sowie zwischen- und überstaatliches Sozialrecht

- 15 In der vorliegenden Auflage dieses Kommentars werden die Einflüsse und Auswirkungen des Europäischen Rechts an mehreren Stellen erläutert: So findet sich nach §§ 2–10 ein spezieller Anhang zu den *Europäischen Grundrechten*, nach den Erl. zu § 17 werden das *Europäische Wettbewerbs- sowie das Vergabe- und Beihilfenrecht* in einem weiteren Anhang dargestellt, und nach § 30 folgt schließlich ein Anhang zu den *Grundzügen des Europäischen Sozialrechts*.

Daneben sind zu beachten:²⁸

- das nationale Recht der grenzüberschreitenden Sachverhalte, das sich vereinzelt im Sachzusammenhang mit den zu regelnden Materien findet, was die Rechtsanwendung zuweilen erschwert (vgl. zB § 30 SGB I: Geltungsbereich des SGB I, §§ 3–6 SGB IV: Ausstrahlung und Einstrahlung im Sozialversicherungsrecht, § 31 SGB IX: Erbringung von Rehabilitationsleistungen im Ausland),

28 Zum Ganzen umfassend SRH/Steinmeyer, 7. Aufl. 2022, § 32.

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

- Alleinerziehende **9 7**
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte **9 17**
Altersabhängige Rechte und Pflichten, Anwendungsbereich **33a 5**
Altersarmut **9 7**
Alterssicherung der Landwirte **23 1, 12 f.**
Altersteilzeit **19b 1 ff.**
Altersteilzeitgesetz **19b 5 f.**
Ambulante und stationäre Versorgung **Einf. 44**
Amtshaftung **14 13**
Angehöriger **33a 6**
Anhörung **52 12**
– bei Abzweigung **48 25**
– bei Aufrechnung **51 19**
– bei Verrechnung **52 12**
– Unterbringung **49 13**
Anknüpfungsgegenstand, Rückverweisung **34 8**
Anknüpfungsmoment, Staatsangehörigkeit **34 8**
Ansprechpartner, persönlicher **19a 21**
Anspruch
– Abgrenzung zum Stammrecht **40 8**
– bei Ermessen **40 9**
– Entstehung des **40 5**
– Fälligkeit **41 1 ff.**
– ohne Antrag **40 6**
– Sozialhilfe **40 7**
Anstalt
– Bundesagentur für Arbeit **12 10**
Antrag
– Amtshaftung **16 18**
– Antragsabhängigkeit **16 8**
– Auslegung **16 10**
– Begriff des Antrags **16 6**
– Betreute **16 7**
– Folgeantrag **16 12**
– Form **16 13**
– Fristwahrung **16 16**
– Handlungsfähigkeit **16 7**
– Hinwirkungspflicht **16 17**
– Inhalt **16 10**
– Leistungen zur Rehabilitation **16 15**
– Meistbegünstigungsprinzip **16 10**
– Rechtswirkung **16 12**
– Rücknahme **16 11**
– Sozialleistungen **16 10**
– sozialrechtlicher Herstellungsanspruch **16 18**
– Weiterleitung **16 15**
– Wirksamkeit **16 7**
– Zugang **16 7**
– zuständiger Leistungsträger **16 14**
– Zweck des Antrags **16 5**
Antragsprinzip, Obhutspflichten **17 9 f.**
Arbeitnehmerhilfe **19 6**
Arbeitsämter **19 7**
Arbeitsförderung **3 8, 9 27, 19a 2**
Arbeitsgelegenheiten **19a 26**
Arbeitslosengeld **3 14, 19 6, 19a 28**
Arbeitslosengeld II **9 21 ff., 33, 28 27**
– Bürgergeld **9 22**
Arbeitslosenhilfe **3 14, 19 6, 19a 5**
– Zusammenlegung mit Sozialhilfe **9 21**
Arbeitslosigkeit **9 7**
Arbeitsmarktberatung **19 6**
Arbeitsplatzerhaltung **3 13**
Arbeitsplatzerlangung **3 13**
Arbeitsunfähigkeit, Präsentismus **Einf. 64**
Arbeitsvermittlung **19 6**
Armut **Einf. 24**
Armutsbetroffenheit, regionale **Einf. 25**
Armutsrisiken **9 7**
Arzneimittelpreisregulierung
– ausländische Versandapotheken **Anh. nach 17 49**
Arzneimittelversorgung **Einf. 43**

- Asylbewerberleistungsgesetz 9 27,
33
– Verfassungswidrigkeit 9 33
Asymmetrie von Fördern und För-
dern 19a 9
Aufgabennorm 17 16
Aufklärung
– Adressat 13 10
– Amtshaftung 13 12
– Bevölkerung 13 10
– Dienstleistung 13 5 ff.
– Form 13 11
– freie Wohlfahrtspflege 13 7
– Informationsvorschriften 13 5 ff.
– Inhalt 13 9
– Leistungsträger 13 7
– Rechtsschutz 13 12
– Sozialleistung 13 5 ff.
– sozialrechtlicher Herstellungsan-
spruch 13 12
– Sprache 13 11
– unterlassene Aufklärung 13 12
– Unterrichtsfunktion 13 5
– Verbände 13 7
– Vereinigungen 13 7
– verpflichtete Einrichtungen 13 7
– Werbung 13 9
– Zuständigkeit 13 8
– Zweck 13 6
Aufklärungs-, Beratungs- und Aus-
kunftspflichten 17 8
Aufrechnung
– Beitragsansprüche 51 15
– Beschränkung 51 12
– Einrede 51 11
– Erklärung 51 19
– Erstattungsansprüche 51 14
– Gegenseitigkeit 51 9
– Gleichartigkeit 51 8
– Prioritätsgrundsatz 51 22
– Rechtsnatur 51 19
– Rechtsweg 51 20
– Sonderregeln 51 23
Aufwendungsersatz
– angemessener Umfang 65a 10
– Antrag 65a 8
– Begleitperson 65a 10
– Dolmetscher 65a 10
– Ermessen 65a 13
– Fahrtkosten 65a 10
– Härtefälle 65a 15
– nachträgliche Anerkennung
65a 17
– notwendige Auslagen 65a 10
– persönliches Erscheinen 65a 5 ff.
– Rechtsweg 65a 17
– Sozialleistung 65a 5
– Untersuchungen 65a 5
– Verdienstausfall 65a 12
– Verlangen des Leistungsträgers
65a 5
Ausbildung 3 6
– Mindestdauer 18 8
– weitere 18 11
Ausbildungsförderung 3 5, 7
– Altersgrenze 18 14
– anspruchshindernde Leistungen
18 9
– BaFöG-Leistungen 18 6
– berechtigter Personenkreis 18 12
– Eignung 18 13
– Höhe 18 15
– Leistungen der 18 1 ff.
Ausbildungsort 18 10
Ausbildungsstätten, förderungsfähige
18 7
Ausbildungsvermittlung 19 6
Ausgestaltung von Rechten und
Pflichten
– Anwendungsbereich 33 5
– berücksichtigungsfähige Merkma-
le 33 6
Ausgleichsabgabe 29 23
Auskunft
– Altersvorsorge 15 9
– Amtshaftung 15 12
– Auskunftsberechtigte 15 11
– auskunftsverpflichtete Einrichtun-
gen 15 6
– Form 15 11
– Inhalt 15 8
– Landesrecht 15 6
– Realakt 15 10
– Rechtsnatur 15 10
– Rechtsschutz 15 10
– Rechtsweg 15 12
– Rentenversicherungsträger 15 9
– Sach- und Rechtsfragen 15 8

- soziale Angelegenheiten 15 8
- sozialrechtlicher Herstellungsanspruch 15 12
- Spontanauskunft 15 8
- Träger der Krankenversicherung 15 6
- Träger der Pflegeversicherung 15 6
- Wegweisungsfunktion 15 5
- Zusammenarbeit 15 7
- Zuständigkeit 15 7
- Zweck 15 5
- Ausländer 8 5
- Ausländische Versandapotheken
 Anh. nach 17 49
- Auslandsbezug 34 10
- gewöhnlicher Aufenthaltsort 34 8
- Wohnsitz 34 8
- Ausstrahlung 30 2
- Auszahlung bei Unterhaltspflichtverletzung
- Aufhebung 48 33
- Höhe 48 29
- Rechtsweg 48 36
- Auszahlung von Geldleistungen 47 5 ff.
- Sondervorschriften 47 11
- BAföG 18 5 f.
- Barrierefreiheit 17 23
- Beamtenversorgung **Einf.** 31
- Bedarf 33 8
- Bedarfsdeckungsprinzip 19a 9
- Bedarfsgemeinschaft 19a 15, 48 8
- Mitglieder 19a 12
- Bedürftigkeit 9 20
- Befugnisnorm 17 16
- Begrenzung von Rechten und Pflichten
- Mehrehe 34 12
- Polygamie 34 12
- sozialrechtliche Entsprechung 34 12
- Behinderung 33c 11, **Vor** 60–67 7, 63 6
- Dauer 10 9
- drohende 10 10
- Finalprinzip 10 14
- notwendige Hilfe 10 14
- UN-Behindertenrechtskonvention 10 6 f.
- Ursache 10 14
- Wechselwirkungsmodell 10 7
- Behörde 12 11
- Beitragssätze, Beitragsbemessungsgrenze **Einf.** 81
- Beitragsschulden 57 15
- Beitragsunabhängige Sonderleistungen **Anh. nach** 30 16
- Benachteiligungsverbot 33c 1 ff.
- Beratung 14 2
- Amtshaftung 14 13
- Anspruch 14 9
- behördenunabhängige Beratung 14 23
- beratungsverpflichtete Einrichtungen 14 6
- berechtigtes Interesse 14 9
- Form 14 11 ff.
- Haftung 14 12
- Inhalt 14 7
- Leistungsträger 14 6
- Pflichten 14 8
- Realakt 14 10
- Rechte 14 8
- schlichtes Verwaltungshandeln 14 11
- sozialrechtlicher Herstellungsanspruch 14 14
- Spontanberatung 14 9
- Verbände 14 6
- Vereinigungen 14 6
- Zweck 14 5
- Berufsausbildungsbeihilfe 19 6
- Berufsberatung 3 11, 19 6
- Berufsschadensausgleich 24 13
- Beschäftigung 4 12
- Bestattung 24 15
- Betreuer 17 44
- Betreuung **Vor** 60–67 5
- Betreuungsbehörde 17 44
- Betreuungsgeld 25 24 ff.
- Betreuungsrecht 17 44
- Bewerbungskosten 19 6
- Bildungsberatung 3 11
- Bildungschancen 9 7
- Bildungsmaßnahme 3 6
- Bildung und Teilhabe, Leistungen für 19a 29

Botschaftsangehöriger, Wohnsitz
30 10
Budget für Arbeit **17 35, 28a 9, 29 11**
Budget für Ausbildung **28a 9, 29 11**
Bundesagentur für Arbeit **19 7,**
19a 37
Bundessozialhilfegesetz **9 3, 5 f.,**
28 4
Bürgergeld
– Arbeitslosengeld II **9 22**
– Erwerbstätigenfreibeträge
Einf. 59
– Hartz IV **Einf. 56**
– Leistungsbezieher **Einf. 58**
– Lohnabstand **Einf. 59**
– Minderung/Wegfall **19a 33 f.**
– Mischverwaltung **9 22**
– Sanktionen **Einf. 57**
– Sozialhilfeleistung **9 22**
– Sozialversicherungsleistung **9 22**
– Vermittlungshemmnisse **Einf. 60**
Bürgerkonto **36a 26**
Bürgerversicherung, Versicherungspflichtgrenze **Einf. 81**
Charta der Grundrechte der Europäischen Union
Anh. nach 2–10 19 ff.
Dassonville-Formel
Anh. nach 2–10 3
Dienste und Einrichtungen **17 12,**
14 f.
Dienstleistungen
– Beratung **11 10**
– persönliche Hilfe und Betreuung
11 10
– persönliche und erzieherische Hilfe, SGB VIII **11 10**
– Vererbung **59 8**
– von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse **Anh. nach 2–10 57**
Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
Anh. nach 17 5 ff.
Dienstleistungsfreiheit
Anh. nach 2–10 6
– passive **Anh. nach 30 44**
Dienstleistungsfreiheit, EU-Recht
Anh. nach 30 24

Diskriminierung
– indirekte **Anh. nach 30 11**
– mittelbare **Anh. nach 2–10 17,**
Anh. nach 30 11
– wegen der Staatsangehörigkeit
Anh. nach 30 11
Diskriminierungsverbot
– Geschlecht **Anh. nach 2–10 15**
– persönliche Merkmale
Anh. nach 2–10 12
– Rasse und ethnische Zugehörigkeit
Anh. nach 2–10 14
– soziale Vergünstigungen
Anh. nach 30 39 ff.
– Staatsangehörigkeit
Anh. nach 2–10 10 ff.,
Anh. nach 30 10
Dreiecksverhältnis **17 34**
Drittstaatsangehörige, Gleichbehandlung **Anh. nach 30 47**
Drohende Behinderung **10 10**
Ehegatte **33a 6, 48 18, 49 10**
– Annulierung **48 9**
– Aufhebungsurteil **56 14**
– ausländisches Recht **56 14**
– familienrechtliche Begriffe **34 6**
– Getrenntleben **48 9**
– Kind **34 6**
– Pflegekind **34 6**
– Scheidung **48 9**
– Sonderrechtsnachfolge **56 13**
Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen **19a 20**
Eignung **3 6**
Ein-Euro-Job **19a 26**
Einfärbungslehre **30 17**
Eingetragene Lebenspartnerschaft
– Internationales Privatrecht **33b 17**
Eingliederungshilfe **28a 5 ff.**
– Aufgabe **28a 7**
– Bundesteilhabegesetz **28 41**
– für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche **8 6, 8**
– Leistungen zur medizinischen Rehabilitation **28a 8**
– Leistungen zur Sozialen Teilhabe
28a 11
– Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben **28a 9**

- Leistungen zur Teilhabe an Bildung **28a 10**
- Leistungsberechtigung **28a 6 f.**
- SGB IX **28 41**
- Sozialhilfeträger **28a 5**
- UN-BRK **28 41**
- zuständige Leistungsträger **28a 12 f.**
- Eingliederungsleistungen **19a 9**
- Eingliederungsmaßnahmen **19a 9**
- Eingliederungsvereinbarung **19a 22**
- Mitwirkungsobliegenheiten **Vor 60–67 13**
- Eingliederungsvertrag **19 6**
- Eingliederungszuschuss **19 6**
- Eingriffsverwaltung **31 5**
- Einkommen **19a 16**
- Einmalige Geldleistungen **58 7**
- Einrede der Verjährung **45 13**
- Einsatzgemeinschaft **19a 15, 48 8**
- Einstellungszuschuss **19 6**
- Einstiegs geld **19a 25**
- Einstrahlung **30 2**
- Einweisungsvorschrift **23 2**
- Einzelanspruchscharakter **19a 12**
- Elektronische Kommunikation **36a 2**
- Bearbeitungsprobleme **36a 18 ff.**
- Obliegenheiten **36a 19**
- Sozialversicherungsträger **36a 23 ff.**
- Unterschriftsfeld **36a 17**
- Zugang **36a 21 f.**
- Elektronisches Dokument **36a 5**
- Elektronisches Formular **36a 13**
- Elektronisch signierte Erklärung **36a 14**
- Eltern **49 10**
- Adoption **56 20**
- leibliche **56 20**
- Elterngeld **25 14 ff.**
- Berechtigte **25 16**
- Dauer **25 22**
- Elterngeld Plus **25 23**
- Höhe **25 21**
- Voraussetzungen **25 15**
- Eltern in weiterem Sinne
- Pflegeeltern **56 21**
- Stiefeltern **56 21**
- Verwandte in aufsteigender Linie **56 21**
- Entgeltumwandlung **Einf. 39**
- Entgeltvariante **19a 26**
- Erbfolge
- gesetzliche, Ausschlagung **58 9**
- Testament **58 9**
- Ermessen **39 5, 48 24**
- Begründung des **39 11**
- Ermessensfehler **39 7**
- Funktion des **39 6**
- gebundenes **39 6**
- Gesetzeszweck **39 6**
- Kann-Vorschrift **39 6**
- pflichtgemäßes **39 12**
- Rechtsrahmen **39 6**
- Richtlinien **39 9**
- Selbstbindung durch Verwaltungspraxis **39 9**
- Soll-Vorschrift **39 6**
- Überschreitung **39 9**
- Unterschreitung **39 8**
- Ermessensreduzierung auf Null **39 12**
- Ersatz von Auslagen, Antrag **65a 8**
- Erstattung vorläufiger Leistungen **43 26 f.**
- Erstausbildung **18 11**
- Erwerbsfähigkeit **19a 13**
- Erwerbstätigkeit **114, 3 9**
- Erziehungsgeld **6 8**
- Ethnische Herkunft **33c 10**
- EU-Ausländer, Unionsbürger
- Verfestigung des Aufenthalts **30 16**
- Europäische Grundrechte **Anh. nach 2–10 9**
- Europäische Grundrechtecharta **9 18**
- Europäische Menschenrechtskonvention **9 17**
- Europäisches Beihilfenrecht
- Anwendbarkeit im Sozialrecht **Anh. nach 17 38 ff.**
- Ausnahmen **Anh. nach 17 41 ff.**
- Beihilfiebegriff **Anh. nach 17 39 f.**
- gemeinwirtschaftliche Aufgaben **Anh. nach 17 46 ff.**
- Grundlagen **Anh. nach 17 38 f.**

- Leistungen des SGB III
Anh. nach 17 44
- Probleme im Sozialrecht
Anh. nach 17 43 ff.
- Sozialleistungen an ArbG
Anh. nach 17 43
- Europäisches Fürsorgeabkommen
9 17
- Europäische Sozialcharta **9 17**
- Europäische Soziale Grundrechte
Anh. nach 2–10 1 ff.
- Europäisches Vergaberecht
- Beschaffungsermessen
Anh. nach 17 35
- Dienstleistungskonzession
Anh. nach 17 32
- grenzüberschreitende Relevanz
Anh. nach 17 25 f.
- nationale Spielräume
Anh. nach 17 33 ff.
- öffentlicher Auftrag
Anh. nach 17 18 ff.
- Open-house-Modell
Anh. nach 17 21 ff.
- Richtlinien **Anh. nach 17 12**
- Schranken **Anh. nach 17 30**
- Sozialrecht **Anh. nach 17 11 ff.**
- sozialrechtliches Dreieckverhältnis
Anh. nach 17 21 ff.
- Spielräume soziale Dienstleistungen
Anh. nach 17 15 ff.
- zulässige Vergabeverfahren
Anh. nach 17 13 f.
- Europäisches Wettbewerbsrecht
- Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
Anh. nach 17 5 ff.
- Leistungserbringer als Unternehmen **Anh. nach 17 6**
- Sozialleistungsträger als Unternehmer **Anh. nach 17 3 ff.**
- Unternehmerbegriff
Anh. nach 17 2 ff.
- Europäisches Wirtschaftsrecht
- marktbeherrschende Stellung von Sozialleistungsträgern
Anh. nach 17 10
- Missbrauch von Marktmacht durch Sozialleistungsträger
Anh. nach 17 8 f.
- Rehabilitationsleistungen
Anh. nach 17 10 f.
- Sozialleistungsträger und Kartellrecht **Anh. nach 17 7 ff.**
- Europäische Union
- soziale Verpflichtung
Anh. nach 2–10 11
- Europarecht
- Pflegeleistungen
Anh. nach 30 38
- primäres **9 18**
- sekundäres **9 18**
- EU-Wirtschaftsrecht **Anh. nach 17 1**
- Eventualaufrechnung **51 19**
- Existenzgrundlagengesetz **9 8**
- Existenzminimum **Einf. 61, 9 34 ff., 28 8, 16**
- Ermittlung/Festlegung **9 36 f.**
- Export von Leistungen – EU
Anh. nach 30 5
- Fälliger Anspruch
- Ermessensentscheidung **56 11**
- Leistungen auf Antrag **56 12**
- Fälligkeit **58 8**
- im Sozialhilferecht **41 7**
- von Ansprüchen **41 5**
- Zeitpunkt **41 5 ff.**
- Fallmanagement **24 7**
- Fallmanager **19a 22**
- Fallpauschalen **Einf. 42**
- Familienförderung **1 13**
- Familienrechtliches Rechtsverhältnis
- Auslandsbezug **34 12**
- Ehe **34 6**
- Feststellung **59 11**
- Finanzierungsverantwortung **19a 27**
- Fiskus **58 10**
- Folgen fehlender Mitwirkung
- Anhörung **66 20**
- Arbeitsunfähigkeit **66 16**
- Entziehung **66 12 ff.**
- Ermessen **66 12 ff.**
- Erwerbsfähigkeit **66 16**
- Fristsetzung **66 19 f.**
- Pflegebedürftigkeit **66 16**
- Rechtsschutz **66 23**
- Rücknahme **66 23**
- Schadensersatzansprüche **66 6 ff.**

- Schädigungsfolgen **66 16**
- schriftlicher Hinweis **66 19**
- Schriftlichkeit **66 20**
- Sozialleistungen **66 16**
- Versagung **66 12 ff.**
- Wahrscheinlichkeit **66 17**
- „Fördern und Fordern“ **9 13**
- Fortbildung **3 12**
- Freie Förderung **19 6**
- Freie Jugendhilfe **27 12**
- Freie Träger **17 30**
- Berufsfreiheit **17 41**
- Finanzkontrolle **17 42**
- Rechtsstatus **17 38**
- Religionsfreiheit **17 40**
- Selbstständigkeit **17 39**
- sozialrechtliches Dreiecksverhältnis **17 34**
- Vereinbarungen **17 36**
- Verhältnis zu den öffentlich-rechtlichen Leistungsträgern **17 43**
- Zusammenarbeit der Leistungsträger **17 31 ff.**
- Freie Wohlfahrtspflege **17 31 ff., 28 2**
- Freizügigkeit **Anh. nach 2–10 2, Anh. nach 30 8, 43**
- Freizügigkeitsrecht **9 18**
- Fristen, elektronische Kommunikation **36a 22**
- Gebärdensprache **17 26**
- Gebäudeenergie **Einf. 47**
- Gefahrenabwehr **9 5**
- Geldleistungen
 - Arten **58 6 ff.**
 - Auszahlung **48 6, 49 8**
 - Auszahlung außerhalb der EU **47 10 ff.**
 - Auszahlung bei Unterhaltspflichtverletzung **48 6, 49 8**
 - Auszahlung innerhalb der EU **47 5 ff.**
 - einmalige **58 7**
 - einmalige und laufende Zahlung **11 13**
 - Gutschein **11 12**
 - Pflegegeld **11 12**
 - Rentenversicherung **11 12**
- Gemeinsamer Haushalt **56 23**
- Gemeinwirtschaftliche Aufgaben
 - Europäisches Beihilfenrecht **Anh. nach 17 46**
- Gerechtigkeit, soziale **1 7**
- Geschwister **33a 6**
- Gesetzesvorrang **31 11**
- Gesetzliche Krankenversicherung **21 1 ff.**
- Gesetzliche Rentenversicherung **23 1**
- Gesetzliche Unfallversicherung **22 1**
- Gesundheit **4 15**
- Gesundheitsschaden **65 11**
- Gesundheitsschutz
 - Anh. nach 2–10 52**
- Gesundheitsstörung **64 7**
- Gesundheitszustand **62 5, 63 10**
- Gewährleistungsverantwortung **19a 27**
- Gewährung von Sozialleistungen **17 5 ff.**
 - Amtshaftungsanspruch **17 11**
 - Antragsprinzip **17 9**
 - Antragsvordrucke **17 19 ff.**
 - Aufklärungs-, Beratungs- und Hinweispflichten **17 8**
 - Barrierefreiheit **17 23**
 - Dienste und Einrichtungen **17 12, 14 f.**
 - durch Dritte **17 5**
 - Eigeneinrichtungen **17 15**
 - Erfüllungsverantwortung **17 5**
 - Erstattungsanspruch **17 18**
 - Fremdsprachendolmetscher **17 28**
 - Gebärdensprachdolmetscher **17 26 ff.**
 - Gebärdensprache **17 26**
 - Gewährleistungspflicht **17 12 ff., 17**
 - Hinwirkungspflicht **17 5**
 - Kommunikationshilfen **17 26**
 - leichte Sprache **17 29**
 - Mitwirkungspflichten **17 10, 20**
 - Obhutspflicht **17 10 ff.**
 - Selbstbeschaffung **17 18**
 - sozialrechtlicher Herstellungsanspruch **17 11**
 - Strukturverantwortung **17 12**
 - Systemversagen **17 18**

- Träger 17 15
- Verständlichkeit 17 29
- Vordrucke 17 20
- Zugangsgestaltung 17 19 ff.
- Zusammenarbeit der Leistungsträger 17 31 ff.
- Gewohnheitsrecht 31 7
- Gewöhnlicher Aufenthalt
 - Dauer 30 12
 - Minderjähriger 30 11
 - Schausteller 30 11
 - Sonderregeln 30 18
- Gewöhnlicher Inlandsaufenthalt 19a 18
- Gleichbehandlung von Drittstaatsangehörigen **Anh. nach 30 47**
- Grenzen der Mitwirkung 65 5 ff.
 - Ablehnung 65 6
 - angemessenes Verhältnis 65 7
 - Beschaffungsaufwand 65 9
 - Eingriff 65 14
 - Schmerzen 65 13
 - Übermaßverbot 65 5
 - Verweigerung 65 6
 - Verweigerung von Angaben 65 15
 - Zumutbarkeit 65 8
- Grundfreiheiten
 - der EU, Freizügigkeit **Anh. nach 2–10 2 f.**
 - Konflikt mit sozialen Rechten **Anh. nach 2–10 39**
- Grundpflege 21a 7
- Grundrechte der EU **Anh. nach 2–10 7**
- Grundsatz des Förderns 19a 20
- Grundsicherung **Einf. 25, 59 9**
 - Existenzminimum **Einf. 32**
 - Unterhaltspflichtverletzung 48 8
- Grundsicherung für Arbeitsuchende 9 13, 25, 33, 19a 6 f., 28 27
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 9 21, 24, 28 27 ff.
 - Antrag 28 30
 - Antragsabhängigkeit 28 29 f.
 - Grundsicherung für Arbeit-suchende 28 30
 - Lebensunterhalt in Einrichtungen 28 33
- Leistungsspektrum 28 33
- Personenkreis 28 31
- unterhaltspflichtige Angehörige 28 29
- Verhältnis zur Hilfe zum Lebensunterhalt 28 32 f.
- Grundsicherungsgesetz 9 10, 21, 24, 28 28
- Haftung des Sonderrechtsnachfolgers 57 16
- Haftungsausfüllende Kausalität 5 12
- Haftungsbegründende Kausalität 5 12
- Handlungsfähigkeit 36 5 ff.
 - Beschränkung 36 7
 - Einschränkung durch gesetzliche Vertreter 36 15
 - Entgegennahme von Leistungen 36 10
 - Mitwirkungspflichten 36 11
 - Pflichten 36 11
 - Sozialhilfe sowie Kinder- u. Jugendhilfe 36 17
 - Stellung von Anträgen 36 8
 - Unterrichtung des gesetzlichen Vertreters 36 12
 - Verfolgung von Anträgen 36 9
 - Zustimmungserfordernis 36 16
- Härtefälle 24 16
- Härtefalleleistungen 19a 32
- Hausbesuch 61 7
- Haushaltsführer 56 22
- Haushaltsgemeinschaft 19a 15, 48 8
- Haushaltsgesetze 31 8
- Haushaltsvorstand 26 7
- Heilbehandlung 63 9
 - Behinderung 63 6
 - Erfolgsaussicht 63 10
 - Gesundheitszustand 63 10
 - Kosten 63 12
 - Krankheit 63 6
 - Krankheitsbegriff 63 6
 - Schadensminderungspflicht 63 5 ff.
- Hilfebedürftigkeit 19a 14
- Hilfe für junge Volljährige 8 8

- Hilfe in anderen Lebenslagen
28 54 ff.
 – Altenhilfe **28 57 ff.**
 – Bestattungskosten **28 65 ff.**
 – Blindenhilfe **28 60 ff.**
 – Hilfe in sonstigen Lebenslagen **28 63**
 – Hilfe zur Weiterführung des Haushalts **28 55 f.**
- Hilfe in besonderen Lebenslagen
28 4
 – Einkommensgrenzen **28 34 f.**
- Hilfe in sonstigen Lebenslagen
 – Auffanggeneralklausel **28 63**
 – unbestimmter Rechtsbegriff **28 63**
- Hilfen nach dem 5.–9. Kapitel SGB XII **28 34 ff.**
 – Einkommensgrenzen **28 34 ff.**
 – vorrangige Sozialleistungssysteme **28 38**
- Hilfen zur Gesundheit
 – Bedarfsdeckungsgrundsatz **28 39 f.**
 – Krankenversicherung **28 39 f.**
- Hilfe zum Lebensunterhalt **28 4, 13 ff.**
 – Personenkreis **9 31**
- Hilfe zur Erziehung **8 6**
 – Erziehungsbeistand **27 6**
 – Erziehungsberatung **27 6**
 – Heimerziehung **27 6**
 – intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung **27 6**
 – soziale Gruppenarbeit **27 6**
 – sozialpädagogische Familienhilfe **27 6**
 – Tageseinrichtungen **27 6**
 – Tagespflege **27 6**
 – Vollzeitpflege **27 6**
- Hilfe zur Pflege **28 42 ff.**
 – Auffangfunktion **28 43**
 – Begutachtung **28 43**
 – Einsatz von Einkommen und Vermögen **28 45**
 – Hilfebedürftigkeit **28 45**
 – Kostenbeitrag **28 45**
 – Leistungen **28 43**
 – Nachranggrundsatz **28 45**
 – Pflegestärkungsgesetz **28 43**
 – Pflegeversicherung **28 42 f.**
 – unterhaltspflichtige Angehörige **28 45**
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
 – Abgrenzungen **28 50 f.**
 – besondere Lebensverhältnisse **28 47**
 – Dienstleistungen **28 53**
 – Einkommens- und Vermögenseinsatz **28 53**
 – Leistungsspektrum **28 49**
 – Nachranggrundsatz **28 51**
 – Organisations- und Kooperationspflicht der Sozialhilfeträger **28 52**
 – soziale Schwierigkeiten **28 48**
 – soziale Teilhabe **28 46 ff.**
 – Zuständigkeit **28 51**
- Hinwirkungspflicht
 – subjektives Recht **17 7**
- Höhe der Abzweigung, unterhaltsrechtliche Vorgaben **48 13**
- Hörbehinderung **17 26**
- Individualisierungsgrundsatz **19a 9**
 Inklusionsbeauftragte **29 23**
 Inländergleichbehandlung **9 16, 18, Anh. nach 30 4**
 Inobhutnahme **8 6**
 Insolvenzausfallversicherung **3 14**
 Insolvenzgeld **3 14, 19 6**
 Integrationsämter **29 12, 25**
 Integrationseigenleistungen **19a 22**
 Integrationsfachdienste **29 26**
- Internationales Privatrecht
 – Kollisionsnorm **34 8**
- Internationales Recht **31 9**
- Internationales Sozialrecht
 – Grundprobleme **Anh. nach 30 2**
- Jugendamt, Organisation **27 9**
 Jugendarbeit **8 6, 27 6**
 Jugendhilfe **8 2, 9 27**
 – andere Aufgaben **8 6, 27 5**
 – Beratung **8 6, 27 6**
 – Betreuung **8 6**
 – Leistungen **27 5**
 – Leistungsvoraussetzungen **8 7**
 – Rechtsanspruch **8 8**

- Wunsch- und Wahlrecht **8 7**
- Zuständigkeit **27 8, 10 f.**
- Jugendschutz **27 6**
- Jugendsozialarbeit **8 6, 27 6**
- Junge Menschen **8 5, 8**
- Junge Volljährige **8 8**
- Kausalität
 - haftungsausfüllende **5 12**
 - haftungsbegründende **5 12**
- Kinder **6 6, 8 8, 25 9, 33a 6, 48 9, 20, 49 11**
 - Adoption **56 16**
 - leibliche **56 16**
- Kindergarten **8 8**
- Kindergeld **6 8, 25 6**
 - Berechtigte **25 8**
 - Höhe **25 11**
 - Voraussetzungen **25 7**
- Kindergeldpfändung **54 13**
- Kindergrundsicherung **Einf. 35**
- Kinder in weiterem Sinne
 - Enkel **56 17**
 - Geschwisterkind **56 19**
 - Pflegekind **56 18**
 - Stiefkind **56 17**
- Kinderzuschlag **25 12**
- Kita-Plätze **Einf. 29**
- Klimageld **Einf. 49**
- Klimawandel, sozial-ökologische Transformation **Einf. 46**
- Kollisionsrecht **Anh. nach 30 3, 9 f.**
- Kombinationsleistung **21a 14**
- Kommunale Träger **19a 27, 38**
- Konjunkturstabilisator **Einf. 55**
- Koordinierendes Sozialrecht der EU **Anh. nach 30 2 ff.**
 - Grundprobleme **Anh. nach 30 2**
- Körperschaft, Träger der Sozialversicherung **12 9**
- Kosten der Mitwirkung **62 12, 65a 5 ff.**
- Kosten der privaten Vorsorge **Einf. 82**
- Krankenbehandlung **24 8**
- Krankenhäuser **Einf. 42**
 - Fallpauschalen **Einf. 73**
- Krankenkassen **21 10**
- Krankenkassenwettbewerb **21 11**
- Krankenstand **Einf. 63**
- Kranken- und Pflegeversicherung **Einf. 68**
- Krankenversicherung **19a 31**
- Krankheit **4 15, 63 6**
- Krankheitsbegriff **63 6**
- Kriegsopferfürsorge **9 27, 24 9**
- Kurzarbeit, Kurzarbeitergeld **Einf. 55**
- Kurzarbeitergeld **19 6**
- Kurzzeitpflege **21a 19**
- Landesarbeitsämter **19 7**
- Landesjugendamt **27 12**
- Lastenzuschuss **7 6, 26 7**
- Laufende Geldleistungen
 - Sozialhilfe **56 9**
- Lebenspartner **48 19, 56 15**
 - Sonderrechtsnachfolge **56 13**
- Lebenspartnerschaft **34 12**
 - Begriff und Voraussetzungen **33b 6**
 - Geltungsbereich **33b 5**
 - im Sozialrecht **33b 8 ff.**
- Lebensstandardsicherung **Einf. 40**
- Leistender Rehabilitationsträger **29 29**
- Leistungen
 - der Ausbildungsförderung **18 1 ff.**
 - der Kinder- und Jugendhilfe, Inanspruchnahme **27 7**
 - einmalige **19a 29**
 - für Bildung und Teilhabe **25 13**
 - für Unterkunft und Heizung **19a 29**
 - ohne Rechtsgrund **57 15**
 - zur aktiven Arbeitsförderung **19a 23 ff.**
 - zur Eingliederung in Arbeit **19a 20 ff.**
 - zur medizinischen Rehabilitation, Eingliederungshilfe **28a 8**
 - zur Sicherung des Lebensunterhalts **19a 28 ff.**
 - zur Sozialen Teilhabe, Eingliederungshilfe **28a 11**
 - zur Teilhabe an Bildung, Eingliederungshilfe **28a 10**
- Leistungen der Soldatenentschädigung **24a 1 ff.**